

Presseinformation

30 Tage im Amt:

Urologen und HNO-Ärzte aus NRW verpassen Bahr schlechte Noten

Köln, Juni 2011. Die Urologen und HNO-Ärzte aus Nordrhein-Westfalen missbilligen den Referentenentwurf des GKV-Versorgungsgesetzes des FDP-Gesundheitsministers Daniel Bahr. In einer gemeinsamen Presseerklärung der Managementgesellschaft Uro-GmbH Nordrhein, des BDU Nordrhein und Westfalen-Lippe, der Ärztenetzwerke UROWL und HNOnet NRW heißt es, sei es ein Gesetz ohne liberale Handschrift und ein Dokument gebrochener Wahlaussagen.

So sieht Dr. Wolfgang Rulf, ärztlicher Geschäftsführer der Uro-GmbH Nordrhein, keine Verbesserung zur Politik der letzten 18 Jahre: „Mit der kleinteiligen Bedarfsplanung schaltet ein FDP-Minister in den Turbo der Planwirtschaft, statt mit dem Mut zu liberaler Vernunft dieses sozialistische Relikt zu beenden. Schlimmer noch: Vollständig ausgezahlte Honorare und fehlende Regressbedrohung sollen Ärzte aufs Land locken. Das aber kann nur funktionieren, wenn in den übrigen Versorgungsbereichen Budgetierung und Regress so stringent umgesetzt werden, dass deren Vermeidung eine wirksame Motivation ist, sich in weniger attraktiven Regionen niederzulassen. Mit Honorarentzug und Regressen die Niederlassung zu steuern, sollte einer schwarzgelben Bundesregierung unwürdig sein.“

Ebenso enttäuschend sei es, den Kostenerstattungsparagraphen entgegen vollmundigen Ankündigungen unverändert zu lassen. Mit dem „Gemeinsamen Landesgremium“ ruft Minister Bahr aus Sicht der Urologen zudem ein weiteres Verwaltungsorgan ins Leben, dass letztendlich Ressourcen verbraucht, die bei der Patientenversorgung

Pressekontakt

komm | public! - Romy Robst – Große Düwelstraße 28 - 30171 Hannover
robst@komm-public.de - fon: 0511-89 88 10-11 - fax: 0511-89 88 10-10

Direktkontakt

Uro GmbH Nordrhein - Sabine Kapla - Kaiser-Wilhelm-Ring 50 - 50672 Köln
kapla@frielingsdorf.de - fon: 0221-13 98 36-55 - fax: 0221-13 98 36-65

fehlen. „Die Chance auch andere ressourcenfressenden Gesundheitsverwalter zur Kasse zu bitten, vertut er genau wie seine Vorgänger. Unser Gesundheitssystem benötigt zwingend eine schlanke, moderne und wirtschaftliche Gesundheitsverwaltung.“

Auch hinsichtlich der ambulanten, spezialärztlichen Versorgung sehen sich die niedergelassenen Fachärzte benachteiligt. Zwar sei dies grundsätzlich ein sinnvoller, innovativer Versorgungssektor, es wurde jedoch versäumt, faire Zugangskriterien zu definieren. Laut Uro-GmbH sei die Gefahr groß, dass die Krankenhäuser mit ihrer finanziellen Kraft diesen Sektor übernehmen. Enttäuscht zeigen sich die niedergelassenen Urologen und HNO-Ärzte auch bei der Beibehaltung der Paragraphen 95b und 72a des SGB V. Damit würde der Minister den Ärzten die Chance nehmen, in Freiheit, fairem Wettbewerb und in tiefer Verantwortung für ihre Patienten ärztliche Versorgung zu gestalten. „Nicht zuletzt bringt Bahr die Ärzteschaft gegen sich auf, wenn er sich bei der Ausführung des Vorkaufsrechts für Praxen weitgehend zurückhält und dies den Akteuren des KV-Systems überlässt“, verdeutlicht Rulf. „Wenn der Käufer den Preis bestimmt, reduziert dies den Wert des vertragsärztlichen Lebenswerkes zu einem Penny-Stock.“